

Posenmer Zeitung

Rennundnennziger Jahrgang.

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17.
Ad. Schles, Hofstieferant, Dr. Gerber- u. Breitestr.-Ede,
Otto Fichts, in Firma J. Lamm, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
J. V. J. Hirschfeld
in Posen.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Ad. Rose, Haasen & Vogler & C. G. L. Daube & Co., Innsbruck.

Verantwortlich für den Inseratenhüll: J. Klugkist in Posen.

Nr. 292

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich zwei Mal, am Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 6,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 27. April.

Inserate, die schriftgefasste Reklame oder deren Raum in der Morgenansage 20 Pf., auf der letzten Seite 20 Pf., in der Mittagansage 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagansage bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenansage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom 26. April, 12 Uhr.
(Nachdruck nur nach Nebereinführung gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Tertiär-Bahnvorlage.

Eisenbahminister Thielen: Die Aufnahme, welche der Entwurf bisher im Lande und namentlich in der Presse gefunden hat, ist im allgemeinen eine günstige und zustimmende gewesen, insbesondere nachdem die nach zwei entgegengesetzten Richtungen entstandenen Befürchtungen durch die Erklärungen, welche der Finanzminister und ich wiederholt abgegeben haben, hinweggeräumt worden sind. Die Befürchtung, daß die Regierung mit der Vorlage des Entwurfs die Absicht verbaute, sich von der Verpflichtung des weiteren Ausbaues der Nebenbahnen zu befreien, und die Befürchtung, als ob die Regierung den Ausbau der Nebenbahnen grundätzlich und ausschließlich für sich vorbehalt und den Privatunternehmungen nur die Bahnen unterster Ordnung zuweisen wollte, konnte die Regierung als unbegründet zurückweisen. Der Entwurf entspricht dem allgemeinen Bedürfnis um so mehr, als wir in Preußen in der Entwicklung der kleinen Bahnen absolut und im Verhältnis zu den Nachbarstaaten zurückgeblieben sind. Die Staatsseisenbahnverwaltung konnte die Herstellung derartiger kleiner Bahnen nicht als ihre Aufgabe betrachten. Solche Unternehmungen können nur gebeihen unter freier Entfaltung der Kräfte, die den individuellen Bedürfnissen von Land und Leuten thunlich angepaßt sind. Hierzu will der vorliegende Gesetzesentwurf die Hand bieten und die Wege ebnen und zwar dadurch, daß er die Bahnen unterster Ordnung in ihrer Entstehung möglichst vereinfacht, ihre Konzeptionsrichtung dezentralisiert, die ihnen im öffentlichen Interesse aufzuerlegenden Lasten erleichtert, ihr Verhältnis zu öffentlichen Straßen, zu den Voll- und Nebenbahnen wie zu den Bahnen ihresgleichen regelt und den etwa zur Wahrung des allgemeinen Interesses im Einzelfalle notwendig werdenden Erwerb durch den Staat an solche Bedingungen knüpft, die eine gerechte Ausgleichung der öffentlichen und privaten Interessen gewährleisten.

Bei der Aufführung des Gesetzesentwurfs hat die Staatsregierung sich darauf beschränken zu müssen geglaubt, in thunlichst knapper und klarer Fassung die Absicht des Gesetzgebers grundätzlich darzulegen und auf die Einzelvorschriften nur insoweit sich einzulassen, als es zur Erreichung des Zweckes unvermeidlich schien. Die Staatsregierung glaubte hierdurch der gesunden Entwicklung der in Rede stehenden Verkehrswege, welche dem Gesetz unterzuordnen sind, und die in ihrer Form, ihrem Wesen und ihrer Bedeutung auf das mannigfaltigste sich gestalten werden, sowie ihrer Anpassung an die individuellen örtlichen Verhältnisse besser dienen zu sollen als durch eine in das Einzelne gehende Kasuistik.

Die Regierung wird nach ihren Kräften bemüht sein, wenn es in einzelnen Fällen sich als unumgänglich nötig erweisen sollte, mit ihren finanziellen Kräften den Bahnen unterster Ordnung fördernd zur Seite zu stehen. Insbesondere kann ich namens der Staatsseisenbahnverwaltung die Versicherung abgeben, daß dieselbe mit Rath und That hilfreich der Entstehung, dem Bau und dem Betriebe der Bahnen unterster Ordnung sich erweisen und daß sie die Entfaltung derselben im allgemeinen Interesse wie auch im eigenen Interesse mit Freuden begrüßen wird. Im Falle der Verabschiedung des Gesetzes hofft die Regierung, daß insbesondere die wirtschaftlichen und kommunalen Kreise des Landes die Förderung der Bahnen unterster Ordnung kräftig in die Hand nehmen werden unter Zuhilfenahme des Privatkapitals, und daß für die Zukunft unter voller Aufrechterhaltung des Staatsseisenbahnsystems und des weiteren Ausbaus des Staatsseisenbahnsystems in Ergänzung desselben sich deutsches Kapital wieder in steigendem Maße dem Bau und dem Betriebe deutscher Schienenwege zuwenden.

Abg. vom Geede (nl.): Der Entwurf hat in weiteren Kreisen des Landes eine günstige Aufnahme gefunden. Aber er kann nur segensreich wirken, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Der Entwurf ist auf Pferdebahnen und speziell landwirtschaftliche Bahnen, die einen Anschluß an Vollbahnen bieten sollen, besonders zugeschnitten, nicht aber auf lokale Bahnen mit Lokomotivbetrieb, für Personen- und Güterverkehr, die im lokalen Interesse oft sehr wichtig sind. Es ist bisher nicht gelungen, eine klare Definition des Begriffs „Tertiärbahnen“ zu geben, aber es müßte doch auch unzweckhaft Aufgabe des Gesetzes sein, auch auf jene Kategorie von Bahnen Anwendung zu finden, die bisher mehr unter den Begriff „Sekundärbahnen“ gerechnet wurden.

Besonders bedeutsam ist die Bestimmung, wonach alle Kleinbahnverwaltungen auch die der Pferdebahnen verpflichtet sein sollen, Militäranwärter anzutreffen. Das Gedanken dieser Kleinbahnen hängt oft allein von dem sparsamen Betriebe ab; es wird dafür oft vortheilhaft sein, daß Gewerbetreibende amtliche Funktionen übernehmen. Diese Bestimmung wird also erheblich geändert werden müssen. Ein Bedenken ergeht in mir auch die Art der Konzessionierung dieser Bahnen. Statt des Regierungspräsidenten in Verbindung mit dem Eisenbahnkommissariat die konzessionirende Behörde sein. Dadurch würden erhebliche Verzögerungen vermieden werden, und auch die Konzessionierung nach einheitlichen, für den ganzen Staat geltenden Grundsätzen erfolgen.

Die Abänderungen des Herrenhauses kann ich durchwegs als Verbesserungen ansehen, aber ich hätte auch gern gesehen, wenn das Verhältnis der bestehenden Bahnen unterster Ordnung, die jetzt unter das Gesetz von 1888 fallen, eine genaue Regelung erfahren hätte. In dieser Beziehung habe ich auch eine Erklärung der Regierung vermitzt. Es werden eine große Reihe von Fragen bei der Beratung dieses Gesetzes zu entscheiden sein, und ich beantrage aus diesem Grunde die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. v. Bismarck (l.): Ich glaube, daß eine wesentliche Opposition gegen das Gesetz von keiner Seite erhoben werden wird. Nach unserer Ansicht hat das Gesetz im wesentlichen das Richtige getroffen und ist auch zur richtigen Zeit eingebrochen wor-

den. Die erhobenen Befürchtungen sind ja vom Herrn Finanzminister im Herrenhause zurückgewiesen worden. Das Gesetz beabsichtigt ja entschieden, dem Privatkapital Gelegenheit zu geben, Bahnen zu bauen, aus welchen bei staatlicher Verwaltung eine Rente nicht herausgewirkt werden könnte, die aber bei privatem Betrieb doch lohnend sein können. Ich glaube nicht, daß dieses Gesetz dem Staatsädel große neuen Lasten auferlegen wird; die Hauptlast wird der Bau von Bahnen durch die Kommunen und das Privatkapital sein. Die Bedenken wegen der Militäranwärter fallen nicht ins Gewicht; denn wenn die Bahnen nur eine Rente abwerben können bei ganz sparsamer Wirtschaft, so werden die Bedingungen, welche sie den Militäranwärtern bleiten können, so unvorteilhaft sein, daß diese von selbst sich für diese Stellen nicht melden werden.

Abg. Rickert (fr.): Auch ich bin kein Gegner der Vorlage, denn dieselbe enthält die Grundsätze, die wir immer vertreten haben. Ich freue mich, daß der Finanzminister zu den Grundsätzen zurückgekehrt ist, welche wir leider vergeblich anderthalb Jahrzehnte tauben Ohren gepredigt haben. Ich halte dieses Gesetz für unsere wirtschaftliche Entwicklung für eins der wichtigsten, das in den letzten Jahren vorgelegt ist. Um so weniger begreife ich den Indifferenzismus, der in weiten Kreisen sich gegenüber dem Gesetz zeigt. Und wenn ich von einer schäkernswerten Rücksicht auf die Entwicklung der Landwirtschaftsverhältnisse absehe, so finde ich diesen Indifferenzismus auch in landwirtschaftlichen Kreisen. Daß aber die Erkenntnis von der Bedeutung des Gesetzes in jenen Kreisen vorhanden ist, haben die Verhandlungen des Herrenhauses gezeigt, das ja auch einzelne Verbesserungen hineingebracht hat. Konervative Männer, wie Fürst Butbus, haben übrigens dort über das Gesetz Klage in der Richtung geführt, in welcher auch ich sie führen will. Aber diese Klage ist nicht destillirt worden in bestimmten Verbesserungsanträgen.

Ich bedaure besonders, daß das Gesetz nicht vor seiner Einbringung veröffentlicht ist. Wenn es irgend einmal richtig war, Stimmen aus den Interessentenkreisen zu hören, so war es bei diesem Gesetz. (Sehr richtig!) Das Gesetz ist bereits ein Jahr fertig, und der Vorgänger des jetzigen Eisenbahnministers versprach seine Einbringung schon für die vorige Session. Weshalb hat man es in den Akten des Ministeriums verschlossen gehalten? Ich freue mich, daß der Finanzminister uns im „Reichsanzeiger“ von seinen etwaigen Steuerplänen Mitteilung gemacht hat. Ich hoffe, er wird noch etwas geprächtiger werden. Das hätte aber auch hier geschehen sollen.

Wir haben seit Jahrzehnten vergeblich ein solches Gesetz verlangt. Was ich z. B. als blauer Theoretiker vorgebracht habe, ist jetzt endlich zur Geltung gekommen und auch von den Praktikern im Herrenhause anerkannt. Ich habe schon 1877 die Überproduktion von Chauffeuren für ungünstig erklärt, und statt kostspieliger Chauffeuren den billigeren und immer noch eine Rente gewährenden Bau von Lokalbahnen empfohlen. Die anderthalb Jahrzehnte seit jener Zeit sind leider für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Volkes und namentlich der ländlichen Bevölkerung verloren gegangen. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen, man mag sie noch so hoch anschlagen, wie die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck haben, leider die ländliche Bevölkerung von der Wahrnehmung derjenigen Interessen, welche Lebensfragen der Landwirtschaft sind, abgelenkt. Man hat zu sehr an den Baubestand der landwirtschaftlichen Bölle geglaubt und an die Folgen der Verstaatlichung der Eisenbahnen, als daß man darauf das Augenmerk gerichtet hätte, was wirklich im wohlverstandenen Interesse der Landwirtschaft lag.

Ich freue mich, daß die Regierung jetzt eine Kraftanstrengung macht, um das Verlorene vielleicht wieder einzubringen. Ob es noch möglich sein wird, weiß ich nicht. Mit diesem Gesetz in der Hand, fürchte ich, wird es nicht möglich sein. Die Hoffnung, die sich der Minister macht, daß das Gesetz der Baubestand sein wird, der das Privatkapital in Bewegung setzt, ist verfrüht. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen hat, wie der Minister selbst zugestanden hat, seine größten Gefahren.

Ich bedaure, daß der frühere Eisenbahnminister, dessen technische Kraft und Geschicklichkeit ich immer anerkannt habe, nicht in unserer Mitte ist. Es wäre interessant, die Auslandsergebnisse, die wir mit ihm als Minister gehabt haben, als Landtagsabgeordneten fortzusetzen. Er selbst hat durch die Verstaatlichung die Unfähigkeit und den Indifferenzismus des Privatkapitals herbeigeführt. Ist denn nicht vom Ministerisch und von den Rednern der Majorität ins Land hinausgerufen worden:

Wenn wir erst einmal die Eisenbahnen verstaatlicht seien, dann werden auch die Bahnen unterster Ordnung verstaatlicht sein?

Allerdings sind 7000 Kilometer Sekundärbahnen gebaut worden. Wissen Sie denn aber, was eingetreten wäre, wenn die Verstaatlichung nicht gewesen wäre? (Lachen rechts.) Sie glauben, es

wären nicht so viel Sekundärbahnen gebaut worden, ich glaube, es wäre der Fall gewesen.

Es sind jetzt schon wieder 17 Tausend Kilometer Sekundärbahnen weiter verlangt worden.

Daraus haben die Minister gemerkt, daß es gefährlich ist, solche Verhandlungen zu machen, und daraufhin hat der Finanzminister einen Standpunkt vertreten, den ich nicht einmal mit diesen Worten,

ohne mich dem Verdacht des fanatischen Freihändlerthums auszusetzen, so schlankweg ausgesprochen hätte.

Für mich ist es zweifellos, daß, wenn es eine Freiheit der Bewegung gegeben hätte, dem Staat und dem Gemeinwesen viel erspart worden wäre.

Der Finanzminister wird mit mir einverstanden sein, wenn ich die Meinung einzelner Kreise für gefährlich halte, daß es besser sei, wenn der Staat das Dreieck für den Bau einer Linie aus-

gebe als eine Privatgesellschaft. Es wäre eine fehlerhafte Entwickelung, wenn der Staat den Kilometer mit 50 000 M. bezahlt,

während das Privatkapital nur 20 000 M. aufzuwenden brauchte.

Das wäre ein Schaden für den Staat, und deshalb freut es mich,

dass die Finanzverwaltung in diesem System halt machen will.

Ist die Regierung daran aber nicht selber Schuld? Sie hat ja

Bahnen nicht konzessioniert, bloß weil es Privatunternehmer waren,

die angeblich nicht im Interesse der Gemeinden bauen. Das ist

eben dieser bürokratische Tie, der Ihnen nicht auszubringen ist.

Übernimmt der Finanzminister die Garantie, daß dieser bürokratische Tie nicht auch bei beiden Regierungspräsidenten und Land-

räthen vorkommen wird, daß sie nicht da ihre Künste zeigen werden? Diese Freiheit, die Ihnen gegeben wird, halte ich für höchst gefährlich. Viel eher möchte ich noch dem Eisenbahnminister die Entscheidung geben als den Regierungspräsidenten, die wahrscheinlich alle nach einem anderen Schema arbeiten werden. Der Eisenbahnminister, der selbst den Begriff der Bahnen unterster Ordnung nicht definieren kann, wird das wohl den Regierungspräsidenten resp. den Ortspolizeibehörden überlassen wollen.

Das Gesetz wird als eine List des Finanzministers betrachtet, der sich von der moralischen Pflicht, Sekundärbahnen zu bauen, drücken will. In dieser Beziehung sind die Verhandlungen des Herrenhauses höchst interessant. Ich glaube, wir thun gut, für jeden Fall die Resolution des Herrenhauses wieder aufzunehmen.

Wir werden jetzt mit diesem Gesetz den Versuch machen müssen, ob es noch gelingt, das Kapital und die Unternehmungslust der Gemeinden wachzurufen. In der deutschen Landwirtschaftsgeellschaft ist die Frage lebhaft erwogen, wer der beste Träger des Gesetzes ist. Ich sage: Jeder, der es gut macht. Es wäre nichts verfehlt, als nur den Kreis, nur die Provinz und nur die Privatunternehmer zu Trägern zu machen. Nur hier keine Schwäche! Sodann hoffe ich, daß jetzt auch mehr die Schmalspuren berücksichtigt werden. Dann werden die Lowries vielfach auf dem Felde beladen und direkt auf die Schmalspuren gebracht werden können, und der Betrieb ein ganz billiger sein.

Vor allem habe ich erhebliche Kompetenzen bedenken, die ich dringend in der Kommission zu beachten bitte. Der gegenwärtige Entwurf bezieht sich nicht bloß auf die Bahnen mit Motivbetrieb, sondern auch auf alle übrigen, Pferdebahnen und, wie ich annehme, auch auf elektrische Bahnen. Beüglich der elektrischen Bahnen, die doch eine kolossale Zukunft haben, auch für Bahnen unterster Ordnung, bin ich selber im Zweifel, ob wir nicht hier der Reichsgesetzgebung gegenüber vorgreifen, da wir doch ein Elektrofätzgesetz zu erwarten haben. Beüglich der Pferdebahnen aber verstößt das Gesetz gegen die Reichsverfassung und bestehende Reichsgesetze. Die Regierung hält reichsrechtliche Bedenken bezüglich der Gewerbeordnung nicht für vorlegend, weil nach § 6 der Gewerbeordnung die Eisenbahnunternehmungen von den Bestimmungen der Gewerbeordnung ausgenommen sind, und alle diese Bahnen als Eisenbahnunternehmungen anzusehen seien. Das ist grundsätzlich. Nach § 37 der Gewerbeordnung unterliegt der Regelung durch die Ortspolizeibehörde die Unterhaltung des öffentlichen Verkehrs innerhalb der Orte durch Wagen aller Art, Pferde und andere Transportmittel. Ein Ministerialreskript von 1872 besagt, daß sich das auch auf Pferdebahnen bezieht. Wie ist das möglich, daß dasselbe Ministerium, das jenes Ministerialreskript angeordnet hat, nunmehr die Pferdebahnen einfach unter dieses Gesetz nimmt? Das ist absolut unzulässig. Wo ist Herr von Bötticher, der Staatssekretär des Innern, der für die Beobachtung der Bestimmungen der Gewerbeordnung zu sorgen hat? Die Pferdebahnen sind bis jetzt auf Grund des § 37 der Gewerbeordnung konzessioniert. Nach § 76 der Gewerbeordnung steht die Ortspolizeibehörde in Gemeinschaft mit der Gemeindebehörde die Taxe für die Benutzung der Transportmittel fest. Die Gemeinden haben bisher immer mitgewirkt. Durch dieses Gesetz schließt man sie aber einfach hinaus. (Bauauftrag des Finanzministers: Sie sind Inhaber der Strafen!). Da haben Sie gar nichts mitzureden. Wo ist das Rekursverfahren, das Ihnen nach der Gewerbeordnung zusteht? Ich stehe hier vor einem Rätsel. Wenn wir die Pferdebahnen nicht drücklich ausschließen, so müssen wir gewißig sein, daß die Reichsinstanzen das für verfassungswidrig erklären. Hat sich denn überhaupt ein Bedürfnis für eine Änderung geltend gemacht? Wer ist unzufrieden mit der gegenwärtigen Bestimmung? Bieten Sie denn überhaupt eine Erleichterung? Wir müssen die Bestimmungen der Verfassung auf das Gewissenhafteste halten und in zweifelhaften Fällen immer zu Gunsten der Reichskompetenz entscheiden. So weit müssen wir doch deutsches Gefühl haben, daß wir, soweit es möglich ist, Deutschland einheitlich in Bezug auf die wirtschaftlichen Verhältnisse behandeln (Sehr richtig! links) und es wäre sehr schlimm, wenn in einem Lande die preußische Bestimmung, und im anderen Lande die Reichsgewerbeordnung gilt. Der Minister wird kein Moment dafür anführen können, die Pferdebahnen in dem Gesetz zu lassen, es sei denn die Anstellung der Militäranwärter, und daß die Aufbürdung der Militäranwärter auf die Pferdebahnen eine Verbesserung ist, bezweife ich. Dieser Paragraph wird also wohl aus der Vorlage herausgeworfen werden.

Über folgende Punkte muß vor allem Klarheit geschaffen werden: Findet die Konzessionierung der Pferdebahnen nach Maßgabe der Gewerbeordnung statt und welche Grundsätze sollen für die Konzessionierung der elektrischen Bahnen maßgebend sein? Man wird den Regierungspräsidenten ein Gesetz in die Hand ohne irgend welche Kriterien. Der Herr Minister wird sagen, daß die Instruktion die nötige Anweisung geben wird. Geben Sie uns doch den Wortlaut der Instruktion! Wenn den Herren etwas unbestimmt ist, dann sagen Sie: Wir wollen das durch die Instruktion machen. Wenn man es aber durch Instruktion machen kann, dann kann man es auch durch das Gesetz selber machen. (Sehr wahr! links.) Die Genehmigung soll nur im polizeilichen Interesse versagt werden können. Was ist polizeilicher Interesse? Gehört dazu die technische Fähigkeit und Zuverlässigkeit der Bediensteten? Wo liegt da das öffentliche Interesse, und wie ist der Regierungspräsident in der Lage, diese Eigenschaften zu prüfen? Dann wird von der Wahrung der Interessen des öffentlichen Verkehrs geredet. Darunter kann man alles verstehen. Darum wird man auch diese Worte streichen müssen, um nicht alles der Willkür der Behörden preiszugeben. Auch die Bestimmung, daß Fahrplan und Fahrtabelle von Zeit zu Zeit einer behördlichen Revision unterworfen werden sollen, muß fallen, denn sie ist nur geeignet, die Entwicklung der Bahnen zu hemmen. Wollen Sie ihr bürokratisches Gewissen beruhigen, dann setzen Sie doch ins Gesetz ein für allemal eine Minimal- und Maximalbestimmung, aber lassen Sie die wiederholte Prüfung.

Sie werden dem Lande einen großen Dienst erweisen, wenn Sie das Gesetz in die Gesetzesammlung so hineinbringen, daß es markieren kann. Haben Sie einmal Vertrauen und lassen Sie

das Gesetz einmal, wie wir wollen, arbeiten, und habe ich mich gesetzt, so kommen Sie dann mit Ihrer Bureaucratie und legen Sie Fesseln an; einstweilen aber geben Sie freie Bewegung. (Beifall links.)

Geh.-Rath Frhr. v. Bedlikz: Die Frage des Verhältnisses zur Gewerbeordnung ist von der Regierung eingehend geprüft worden und der Entwurf ist erst aufgestellt, nachdem eine Vereinbarung mit den Reichsbehörden getroffen worden war. Die Gewerbeordnung hat bisher mit Notwendigkeit keine Anwendung zu finden brauchen auf die Bahnen unterster Ordnung. Abweichend von anderen Bundesstaaten hat man in Preußen die Pferdebahnen gleich den Omnibussen behandelt. Die Judikatur namentlich des Reichsgerichts über die charakteristischen Merkmale der Eisenbahnen macht es notwendig, die Pferdebahnen gleich zu stellen den Eisenbahnen mit mechanischem Betriebe. Die Gewerbeordnung ist auch nicht immer ausreichend gewesen, namentlich in den Fällen nicht, wo die Pferdebahn über den Bereich der Kommunen hinausging. Das hat zu großen Schwierigkeiten geführt, und darum wird eine einheitliche Regelung dieser Materie von Vorteil sein.

Abg. v. Tiedemann (Bomst, frk.): Darin kann ich dem Abg. Rickert nicht beitreten, daß im Lande und namentlich in der landwirtschaftlichen Bevölkerung Indifferenz herrsche. Im Gegenteil, es ist überall mit Freuden begrüßt worden. Ein Abgehen von dem früheren Kurs bedeutet dieses Gesetz nicht. Es konnte erst vorgelegt werden, nachdem man Erfahrungen mit den Sekundärbahnen gemacht hatte. Die Ausführungen des Vorredners haben gegen die Verstaatlichung nichts bewiesen. Wenn wir die Verstaatlichung nicht gehabt hätten, so wären 6000 Kilometer Sekundärbahnen weniger gebaut worden. Die Verstaatlichung hat nur Rüben geschaffen. Eine genaue Definition für Tertiärbahnen kann Herr Rickert auch nicht geben. Seinen Bedenken in dieser Richtung kann ich mich auch nicht anschließen. Bezüglich der Frage, ob der Staat für Tertiärbahnen einen Zuschuß zu geben hat, haben wir ein praktisches Beispiel in Belgien. Dort sind die kleinen Bahnen erst gebaut worden, als der Staat mit Unterstüttungen eintrat. Ganz ohne solche geht es nicht, es kommt nur darauf an, in welcher Form das geschehen soll. (Einen Dispositionsfonds der Regierung zur Verfügung zu stellen, dafür haben wir kein Geld hört, hört! links). Aber die Regierung kann ja von Fall zu Fall prüfen und alljährlich das Geld fordern.

Mit Herrn Rickert bin ich der Meinung, daß die Provinzen die Chausseebauten mehr und mehr durch Tertiärbahnbaute ersehen werden. Man wird den Provinzen aber dann auch die Vollmacht geben müssen, die Dotationsen, die sie aus dem Dotationsgesetz erhalten, für Tertiärbahnen mit zu verwenden. — Auch bezüglich der Militäranwärter bin ich der Meinung des Abg. Rickert. Diese Bestimmung muß einfach gestrichen werden. Sodann muß ein umfassendes Expropriationsrecht geschaffen werden; ohne dieses werden sonst viele Tertiärbahnen nicht gebaut werden. Mit der Regelung des Verhältnisses zur Post, wie es im Entwurf geschieht, bin ich im Wesentlichen einverstanden. Schließlich halte ich ein sofortiges Inkrafttreten des Gesetzes für wünschenswert; es ist nicht nötig, bis zum 1. April 1893 zu warten.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Ich vermittele zunächst eine genauere Definition des Begriffs "Tertiärbahnen", man darf die Behörden, die die Konzession zu ertheilen haben, darüber nicht ganz im Unklaren lassen. Für die Wirklichkeit des Gesetzes wird es durchaus notwendig sein, daß ein vollständiger Umschwung in den Einschätzungen der Centralstelle über die Konzessionierung der Bahnen eintritt. Es kommt garnicht darauf an, wer der Unternehmer der Bahn ist, sondern daß überhaupt gefahren wird. Redner schließt sich auch in Bezug auf die anderen Bestimmungen den Bedenken des Abg. von Heede an.

Abg. Brömel (frk.): Die Vorlage geht von dem Bestreben aus, den Staat zu entlasten von den Aufgaben, die er auf sich genommen hat in dem Verkehrswesen. Ob ihm das durch diese Vorlage gelingt, ist aber zweifelhaft. Vor Allem ist Gewicht darauf zu legen, daß das Privatkapital, welches bisher infolge einer verfehlten Wirtschaftspolitik sich ausländischen Anlagen zugewandt hat, wieder dem wirtschaftlichen Leben der Nation zugeführt wird. Darin liegt die Hauptaufgabe dieses Entwurfs, der, wenn er sein Ziel wirklich erreichen will, erheblich wird abgedämpft werden müssen. An der Ausgestaltung der Bahnen haben Stadt und Land gleiches Interesse, die ländliche Bevölkerung zur besseren Verbindung mit den Städten, die städtische zur Erleichterung der Ansiedlung außerhalb der Städte. Der Grundsatz der polizeilichen Genehmigung geht in dieser Vorlage viel zu weit, und seine Ausführung kann nur der Entwicklung der Tertiärbahnen Hindernisse bereiten. Von der Entscheidung durch die Polizei muß man allmählich zur Entscheidung auf verwaltungsgerichtlichem Wege kommen. Es widerspricht dem Grundgedanken der Gewerbeordnung, wenn man die Konzession ohne die Möglichkeit der Appellation vor dem Verteilchen der Verwaltungsbehörde abhängig macht. Entspricht eine Anlage allen geistlichen Anforderungen, so muß gegen die Allgewalt der Polizei- oder Eisenbahnbehörde die Genehmigung auf verwaltungsgerichtlichem Wege erzwungen werden können. Insbesondere muß der Gewalt der Eisenbahnbehörde, die vielfach aus Konkurrenzrätsichten handelt, ein Damm entgegengesetzt werden. Auch die Frage der Konzessionsdauer muß eine andere Regelung erfahren. Es müßte ein Minimum der Zeitdauer gesetzlich festgestellt werden, um nicht auch hier der Willkür der Polizeibehörde allzuviel Spielraum zu lassen. Wo in aller Welt kommt es ferner vor, daß die technische Fähigkeit und Zuverlässigkeit von Beamten in Privatunternehmungen von der Polizeibehörde geprüft wird? Welcher Grund ist vorhanden, gerade bei den Tertiärbahnen eine solche Prüfung den polizeilichen Organen zuzugehen?

Für die Hinausschiebung der Inkraftsetzung des Gesetzes am 1. April 1893 ist ebenfalls kein Grund angegeben worden. Herrn v. Tiedemann kann ich darin nicht beitreten, daß die Definition der Tertiärbahnen nicht nötig sei. Die Regierung muß über Tertiärbahnen ebensojedt eine Definition geben, wenn sie ein Gesetz darüber macht, wie sie eine Definition über steuerpflichtige Einkommen giebt, wenn sie ein Einkommensteuergesetz vorlegt.

Wenn die Regierung sich darauf berufen hat, daß sie betreffs der Pferdebahnen die Reichsbehörde gehört hat, so glaube ich, der Chef eines Reichsamts ist noch nicht der kompetente Interpret der Reichsgewerbeordnung, sondern vielmehr der Bundesrat und der Reichstag. Nach § 35 bedürfen die Bahnen in den Straßen Berlins und Potsdams königliche Genehmigung. Diese Bestimmung kann die Entwicklung der Tertiärbahnen aufschweren und hemmen. Das beweist der Umstand, daß die Pferdebahn über die Linden in Berlin dadurch gescheitert ist. Wenn von der Schönhauser Allee nach Moabit eine Pferdebahn gebaut werden soll, welcher stichhaltige Grund liegt dann vor, für diese Anlage die königliche Genehmigung zu verlangen? Ich schließe mich dem Antrage auf Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern an, die die Aufgabe haben wird, den Gesetzentwurf umzuarbeiten.

Minister Thielen: Es ist nicht richtig, daß die Pferdebahn über die Linden an der Versagung der königlichen Genehmigung gescheitert ist. Die Pferdebahngesellschaft hatte ursprünglich einen Plan aufgestellt, die Linden unter Benutzung der Kanonterrasse an der unteren Seite zu überstreichen. Gegen diesen Plan war, soweit ich unterrichtet bin, ein Widerspruch von allerhöchster Stelle nicht erhoben worden. Daß die Überschreitung der Linden an der Charlottenstraße nicht genehmigt ist, beruht auf eingehenden Erörterungen zwischen dem Postpräsidenten von Berlin und mir,

die zu dem Resultate geführt haben, daß eine solche Pferdebahnlinie zu geradem gefährlichen Verkehrsverhältnissen Veranlassung geboten hätte. Aus diesem Grunde habe ich diesen Plan nicht genehmigt.

Geh.-Rath Frhr. v. Bedlikz: Die Frage des Verhältnisses zur Gewerbeordnung ist von der Regierung eingehend geprüft worden und der Entwurf ist erst aufgestellt, nachdem eine Vereinbarung mit den Reichsbehörden getroffen worden war. Die Gewerbeordnung hat bisher mit Notwendigkeit keine Anwendung zu finden brauchen auf die Bahnen unterster Ordnung. Abweichend von anderen Bundesstaaten hat man in Preußen die Pferdebahnen gleich den Omnibussen behandelt. Die Judikatur namentlich des Reichsgerichts über die charakteristischen Merkmale der Eisenbahnen macht es notwendig, die Pferdebahnen gleich zu stellen den Eisenbahnen mit mechanischem Betriebe. Die Gewerbeordnung ist auch nicht immer ausreichend gewesen, namentlich in den Fällen nicht, wo die Pferdebahn über den Bereich der Kommunen hinausging. Das hat zu großen Schwierigkeiten geführt, und darum wird eine einheitliche Regelung dieser Materie von Vorteil sein.

Abg. v. Strombeck (Btr.): Ich erkenne an, daß der Ausbau der Tertiärbahnen für die Landwirtschaft von großem Nutzen sein wird, aber eben deswegen würde ich das frühere Inkrafttreten des Gesetzes als am 1. April 1893 gern sehen. Die Frage der Expropriation und der Konzessionstruktur werden in der Kommission der genauesten Prüfung bedürfen. Vor der Genehmigung wäre der Bezirksisenbahnrat eine geeignete gutachtlische Instanz.

Abg. v. Tiedemann (Bomst, frk.): Darin kann ich dem Abg. Rickert nicht beitreten, daß im Lande und namentlich in der landwirtschaftlichen Bevölkerung Indifferenz herrsche. Im Gegenteil, es ist überall mit Freuden begrüßt worden. Ein Abgehen von dem früheren Kurs bedeutet dieses Gesetz nicht. Es konnte erst vorgelegt werden, nachdem man Erfahrungen mit den Sekundärbahnen gemacht hatte. Die Ausführungen des Vorredners haben gegen die Verstaatlichung nichts bewiesen. Wenn wir die Verstaatlichung nicht gehabt hätten, so wären 6000 Kilometer Sekundärbahnen weniger gebaut worden. Die Verstaatlichung hat nur Rüben geschafft. Eine genaue Definition für Tertiärbahnen kann Herr Rickert auch nicht geben. Seinen Bedenken in dieser Richtung kann ich mich auch nicht anschließen. Bezüglich der Frage, ob der Staat für Tertiärbahnen einen Zuschuß zu geben hat, haben wir ein praktisches Beispiel in Belgien. Dort sind die kleinen Bahnen erst gebaut worden, als der Staat mit Unterstützungen eintrat. Ganz ohne solche geht es nicht, es kommt nur darauf an, in welcher Form das geschehen soll. (Einen Dispositionsfonds der Regierung zur Verfügung zu stellen, dafür haben wir kein Geld hört, hört! links). Aber die Regierung kann ja von Fall zu Fall prüfen und alljährlich das Geld fordern.

Abg. v. Czarlinski (Bole) erklärt seine Sympathie für die Vorlage. Redner hat im übrigen dieselben Bedenken wie Abg. v. Tiedemann und spricht sich besonders gegen die Bestimmungen über die Militäranwärter aus.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. (Antrag Neukirch, betr. die bürgerlich-gutsherrlichen Verhältnisse in Neuvorpommern und Rügen. Petitionen.) Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 26. April. Das Abgeordnetenhaus nahm heute seine Berathungen mit der ersten Lesung des Tertiärbahngesetzes wieder auf. Das Gesetz gehört zu den materiell wichtigsten, die in neuerer Zeit vorgeschlagen resp. erlassen worden sind, und der Abg. Rickert hatte Recht, wenn er sein Erstaunen über die geringe Theilnahme ausdrückte, die die Vorlage bisher im Lande gefunden hat. Das wird sich freilich alsbald ändern, und es ist nicht zu kühn, vorher zu sagen, daß in kurzer Zeit viele Hunderte von Konzessionen zur Errichtung von Bahnen unterster Ordnung werden nachgesucht werden. Die Voraussetzung dabei ist freilich, daß diese Unternehmungen von bürokratischen Fesseln möglichst wenig eingeschränkt werden. Im Wunsche nach ausgedehnter Bewegungsfreiheit für die Errichtung und Leitung der Tertiärbahnen begegneten sich heute mit den Rednern von links auch einige Stimmen von der Rechten. Die Vorlage selber ist von einer Knappheit, die der Eisenbahnminister als Vorzug rühmt, weil auf diese Weise die möglichst gelenkige Ausführung des Gesetzes in die Hand der Verwaltung gelegt werden kann. Das wäre richtig, wenn stets das volle Vertrauen zur Eisenbahn-Bureaucratie gehegt werden könnte. Besser aber ist besser, und so wird die Kommission des Abgeordnetenhauses es vielleicht doch noch für nützlich halten, eine Reihe von Kautelen gegen übermäßige Bevormundung lieber gleich in das Gesetz hineinzuschreiben. Wenn der Entwurf beispielweise für die Anstellung des Unterpersonals der Tertiärbahnen eine Verpflichtung zur Beschäftigung von Militäranwärtern ausspricht, so könnte diese Fürsorge für die betreffende Kategorie von Persönlichkeiten nicht selten mit den Interessen der Unternehmer und den noch wichtigeren Interessen des Publikums in Gegensatz gerathen. Die Grenze zwischen den Anforderungen der Staatsgewalt und den Interessen, die mit dem Bau von Tertiärbahnen befriedigt werden sollen, wird allerdings nicht immer leicht zu ziehen sein. Es ist richtig, wenn heute im Abgeordnetenhaus gesagt worden ist, daß diese Bahnen unterster Ordnung ja nicht bloß den Unternehmern und Aktionären Gewinn abwerfen, sondern vor allem dem Verkehr dienen sollen. Gewisse von den Unternehmern als lästig empfundene Verpflichtungen werden bei der Konzessionserteilung hierauf zumeist nicht zu umgehen sein. Eine in der Debatte mehr gestreifte als gründlich behandelte Frage ist die nach den etwaigen Zuschüssen des Staates. Das Gesetz selber, das ja nur den Rahmen für die Ausführung geben will, enthält hierüber nichts. Die Prüfung dieser Frage wird sich wohl erst an der Hand von wirklich nachgeholten Konzessionen vornehmen lassen.

Die "Magdeb. Blg." hört mit Bestimmtheit versichern, daß der nächsten Session des Landtages zugleich mit den Steuergesetzen und in deren Folge auch ein neues Wahlgesetz zugehen werde.

Von der Schloß-Lotterie ist, sicherem Bernehmen der "Vib. Korr." zufolge, auch heute noch nichts bekannt, und ist ein Antrag auf Genehmigung einer solchen bisher bei der kompetenten Stelle nicht eingegangen.

Die "Berliner Neuesten Nachrichten" waren bekanntlich seiner Zeit wegen Abdruck eines "Times"-Artikels beschlagnahmt und Anklage wegen Majestäts-Beleidigung erhoben worden. Das Verfahren gegen das Blatt ist nunmehr eingestellt und die Beschlagnahme auf Antrag des Staatsanwalts aufgehoben.

Die antisemitische "Staatsbürgerzg." hat ein Telegramm aus Dresden erhalten, wonach ein bis vor Kurzem bei Löwe angestellter Graveur in einem Schreiben an den Prinzen Georg von Sachsen den Inhalt der Ahlwardtschen Broschüre "Judenflinten" bestätigte und die Intervention des Prinzen erbat.

Graf Limburg-Stirum hat nach der "Kreuzztg." seine Verfassung in den Ruhestand nachgezogen. Mit dem Ruhestand erhält Graf Limburg statt des Wartegeldes eine Pension, für deren Berechnung auch die 11 Jahre in Anlaß kommen, während deren Graf Limburg Wartegeld bezogen hat. In Folge dessen fällt nunmehr, wie die "Frei. Blg." hervorhebt, die Pension höher aus als das bisherige Wartegeld von 6000 M.

Karlsruhe, 26. April. Die Veranstaltung öffentlicher Aufzüge und Feiern ist für den 1. Mai ist für das Großherzogthum Baden verboten worden.

Stuttgart, 26. April. Der Ministerpräsident v. Metnacht begeht morgen das 25-jährige Jubiläum als Minister. Der "Staatsanzeiger für Württemberg" gibt aus diesem Anlaß einen Überblick über die Thätigkeit des Ministerpräsidenten in seinen früheren Stellungen als Chef des Justizdepartements, Mitglied der Abgeordnetenkammer und des Hohenlohparlaments. Insbesondere wird auf die Mitwirkung Metnachts bei der bundesstaatlichen Neugestaltung Deutschlands hingewiesen und hervorgehoben, daß von allen Ministern, die bei Abschluß der Verträge jener Zeit mitwirkten, Metnacht der einzige ist, welcher sich noch im Amt befindet. Der "Staatsanzeiger" wiederholt als Beweis der vollen Anerkennung und Würdigung, welche die Wirklichkeit des Ministerpräsidenten bei dem verstorbenen Könige erfahren, das eigenhändige Schreiben, welches König Karl an seinem letzten Geburtstage am Metnacht gerichtet hat, und schließt: "Doch auch der jetzt regierende König dem Minister der vorausgegangenen Regierungsperiode sein Vertrauen zugewendet hat, ist ein weiteres, ehrendes Zeugnis für denselben."

Parlamentarische Nachrichten.

Im Abgeordnetenhaus wird die erste Berathung des Nachtragsrates, betr. das Gehalt des Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg morgen auf die Tagesordnung kommen. Wie die "Vib. Korr." hört, wird von freilichtiger Seite der Regierung Anlaß gegeben werden, sich darüber auszusprechen, ob und wann sie nach dem Scheitern des Volksschulgesetzes ein Schuldotationsgesetz vorlegen wird.

Der vor kurzem angekündigte Gesetzentwurf wegen Gleichstellung der städtischen Lehrer mit denjenigen an den staatlichen Höheren Lehranstalten wird der "Kreuzztg." auf folge dem Abgeordnetenhaus in den nächsten Tagen zugehen. Die Vorlage schließt sich, wie es heißt, eng an die vom Abgeordnetenhaus 1888 angenommene "Lox Propatsched" an. Der Vorschlag wegen der Gleichstellung basirt auf dem jetzigen Normativa für die Lehrer an den höheren staatlichen Unterrichtsanstalten; er spricht aber nicht aus, daß diese Gleichstellung gleichen Schritt halten muß für den Fall, daß in Bezug auf die Stellung u. s. f. der staatlichen Lehrer eine Änderung eintritt. Für die Verwirklichung der Gleichstellung der städtischen Anstalten wird kein näher Termin angezeigt werden. Da die Frage mitten in das Rechnungsjahr fällt, so würde man vielen Kommunen durch eine furbzumessene Frist nicht geringe Verlegenheiten bereiten. Hieraus ergibt sich, daß die Verbesserung in der Stellung der höheren städtischen Lehrer auch erst im nächsten Rechnungsjahr sich vollziehen würden.

Im Abg.-Hause hat der Abg. Rickert mit Unterstützung der Freilichtinger den Antrag eingebracht, die Regierung um Vorlegung einer Denkschrift betreffend die Ergebnisse der Einkommensteuerveranlagung zu eruchen.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 26. April. Am 1. Mai wird hier ein national-liberaler Parteitag für Schlesien stattfinden.

Schweidnitz, 26. April. Gestern wurden ein Monteur und ein Maurer bei Ausführung einer Brunnenanlage verschüttet. Nach zwölf resp. achtzehn Stunden schwieriger Rettungsarbeit wurden die Verunglückten lebend zu Tage gefördert.

Flensburg, 26. April. Hier wird eine deutsche Zeitung, das "Freie Tageblatt für Schleswig-Holstein" am 1. Juni d. J. erscheinen, die deutschen und dänischen Text zu gleicher Zeit bringt, um der dänischgeführten Agitationspresse entgegenzutreten.

Bochum, 26. April. Die Sozialdemokraten der Industriebezirke werden die Maifester durch Abhaltung von Versammlungen in den verschiedenen Ortschaften begehen; mehrere Reichstagsabgeordnete haben ihr Erscheinen zugesagt.

Bremerhaven, 26. April. Bei dem Petroleum-Importgeschäft, das wie gestern gemeldet, von einer englischen Gesellschaft hier errichtet werden wird, handelt es sich um russisches Petroleum. Eine große russische Gesellschaft will es in Tankdampfern nach Bremen verladen und eine bremische Firma soll es zum Verkaufe bringen. Die dafür nötigen Tents sollen hier auf der Werft der Firma Schwoon u. Co. erbaut werden.

Darmstadt, 26. April. Die Königin Victoria von Großbritannien ist in Begleitung des Prinzen und der Prinzessin Heinrich von Battenberg heute Vormittag gegen 9 Uhr mittelst Extrazuges hier eingetroffen.

Stuttgart, 26. April. Wegen eines Aussches über Soldatenmishandlungen ist gegen den hiesigen demokratischen "Beobachter" Anklage erhoben worden.

Dresden, 26. April. Die hiesige Strafkammer verhandelte heute unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf die Anzeige des Staatsanwalts Storm in Husum gegen den Dresdner Verlagsbuchhändler Glötz wegen Herausgabe der "40 Lieder" vom Verfasser des "Rembrandt als Erzieher". Nach zweistündiger Verhandlung wurde Glötz kostenlos freigesprochen und die Aufhebung der Beschlagnahme der genannten Schrift verfügt.

Wien, 26. April. Abgeordnetenhaus. Die Abgeordneten Mayrhofer und Zacek brachten zwei Interpellationen über das Verbot der Comeniusfeier ein. Der Abgeordnete Pernersdorfer richtete an den Ministerpräsidenten die Anfrage, ob er geneigt sei, den Statthalter von Österreich wegen des Verbotes des sozialdemokratischen Parteitages in Linz zur Rechenschaft zu ziehen.

Wien, 26. April. Die jungeslischen Abgeordneten wollen im Abgeordnetenhaus beantragen, den Justizminister wegen Verleumdung des Gesetzes vom 11. Juni 1868, begangen durch die Ministerialverordnung betreffend die Errichtung eines Bezirksgerichts in Weckelsdorf in Anklagezustand zu versetzen. Zur geschäftsordnungsmäßigen Einbringung des Antrages im Abgeordnetenhaus sind 40 Unterschriften notwendig, während die Jungeslchen nur über 35 verfügen.

Wien, 26. April. In der heutigen Sitzung des Klubs der vereinigten deutschen Bündte erklärte der Minister Künburg, daß die Regierung auf die Beendigung des gesamten Abgrenzungswerkes in Böhmen bis zum nächsten Landtag hinweist und daß sie den Betrag für die Errichtung neuer Kreisgerichte in Trautenau und Schlan in das nächste Budget einstellen werde. Dies beweist, daß die Regierung innerhalb des Rahmens ihrer Kompetenz und mit den verfügbaren legalen Mitteln eine allmäßige Durchführung des Ausgleiches anstrebe, den sie keineswegs als tot und begraben ansiehe. (Beobachter Beifall) Plener gab dem Vertrauen zu dem Minister Ausdruck. Der Klub beschloß eine Resolution im Sinne der Solidarität des Klubs mit den Deutschen.

Prag, 26. April. Die jungeslischen Abgeordneten veröffentlichten ein Manifest an das czechische Volk, das zur Abwehr der Gefahren auffordert, welche durch das Abgrenzungsvorhaben herausbeschworen würden.

Pest. 26. April. Abgeordnetenhaus. Im weiteren Verlaufe der Budgetdebatte rief die Opposition lärmende Szenen hervor durch Beantragung von Resolutionen, in welchen die Regierung aufgefordert wird, die Embleme der gemeinsamen Armee bei den Gendarmen durch die ungarischen Embleme zu ersetzen. Der Ministerpräsident Graf Szapary wies die Anträge mit dem Hinweis auf die Gesetzesbestimmungen zurück, durch welche die Gendarmerieoffiziere mit den Offizieren der Armee und der ungarischen Landwehr gleichgestellt werden. Nachdem die wegen des Värmens der Opposition suspendierte Sitzung wieder aufgenommen war, wurden die Resolutionen mit 133 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

Petersburg. 26. April. Die "Moskowskija Wiedomosty" bringen heute einen ausführlichen Artikel für die Aufhebung der Ausfuhrverbote; eine längere Aufrechthaltung derselben bedeute eine schwere Schädigung für die Landwirthschaft und Exporteure. Der baltische Hafer und der Mais Südrücklands ließen sich nicht länger zurückhalten.

Petersburg. 26. April. Wie verlautet, wird hier eifrig an einem Einkommensteuer-Projekt gearbeitet, welches schon im nächsten Jahre durchgeführt werden soll, um das Gleichgewicht im Staatshaushalt allmälig herzustellen. — Eine Zollunion mit Buchara steht bevor, durch welche der russische Zolltarif auch für Buchara Gültigkeit erlangen wird.

Christiana. 26. April. Die große Käbliaufischerei bei den Lofoten ist als beendet zu betrachten, wenn auch noch einige hundert Fischerboote den Fang fortsetzen. Der Käbliau stand in ungeheurer Menge auf den Bansen und in den Fjorden, jedoch war der Ertrag der Fischerei wegen der andauernden stürmischen Witterung nur mittelmäßig: 16,200,000 Stück Käbliau, wovon 3,500,000 Stück zu Stockfisch bereitet werden, 22,900 Hektoliter Fischleber, 17,400 Hektoliter Fischrogen und 8100 Hektoliter Medizintran. Die kleinen Käbliaufischereien bei Hammerfest an der Küste von Söndmöre ergaben guten Ertrag.

Rom. 26. April. Die Arbeiter an den Tiberdämmen drohen mit einem Ausstande, falls ihnen keine Lohnerhöhung bewilligt würde.

Paris. 26. April. Prozeß gegen Ravachol und Genossen. Bei dem Verhör räumte Ravachol fahrläufig ein, daß er der Anstifter der Attentate am Boulevard St. Germain sei, deren Verantwortlichkeit er voll auf sich nehme. Die Verurtheilung der Anarchisten von Levallois-Perret habe ihn zu seinem Vorgehen gebracht. Am Schlus des Verhörs sprach Ravachol über die anarchistischen Theorien. Er habe die Attentate begangen, um die Aufmerksamkeit auf die ungünstige Lage der Anarchisten zu lenken. Im Laufe des Verhörs fragte der Vorsitzende Ravachol wegen der ihm zur Last gelegten Ermordung eines Geistlichen und der Leichenschändung, worauf Ravachol jedoch die Antwort verweigerte, weil diese Punkte nicht in der Anklageschrift enthalten seien. Der Vorsitzende machte hierauf über beide Verbrechen eingehende Mitteilungen. Das Verhör des Angeklagten Simon ergab keine neuen Thatsachen. Derselbe bewies noch größeren Cynismus als Ravachol. Er gab zu, den Aufpasser bei dem Attentat auf dem Boulevard St. Germain gespielt zu haben. Der Angeklagte Chaumentin beschuldigte Ravachol der Urheberschaft des Dynamitdiebstahls in Soisy sous-Etoules und fügte hinzu, Ravachol habe eine Dynamitpatrone in den Korridoren des Justizpalastes niedergelegen wollen. Die übrigen Angeklagten suchten sich gleichfalls zu rechtfertigen, ihr Verhör ergab keine neuen Momente. Der Gerichtshof ging alsdann zu dem Zeugenverhör über.

In der Stadt war heute das Gericht von einer unbedeutenden Explosion vor der Bebauung des Polizei-Kommittärs Dreisch, welcher seiner Zeit Ravachol verhaftete, verbreitet. Dasselbe hat sich als unbegründet erwiesen.

Paris. 26. April. Man behauptet vielfach, daß Ravachol davon unterrichtet gewesen sei, daß die Anarchisten am Vorabend seines Prozesses ein Attentat ausführen würden. Auch in einem an Ravachol gerichteten, von der Gefängnisverwaltung beschlagnahmten Briefe soll auf den geplanten Anschlag hingewiesen worden sein. Der Anarchist Mathieu, gegen welchen erst kürzlich die Untersuchung eingestellt wurde, wird vielseitig als Urheber der gestrigen Explosion angesehen.

Dem Restaurateur Béry ist neueren Ermittlungen nach das Bein amputiert worden, sein Zustand ist so befriedigend, wie es die Umstände zulassen.

Paris. 26. April. Hinsichtlich der zu der Explosion verwendeten Bombe lauten die Gerüchte widersprechend. Der Kellner Lhérot meint, daß dieselbe in den Keller unter dem Comptoir gelegt worden sein müsse. Man spricht von 3 Männern und 3 Frauen, welche in dem Restaurant gepeist hätten, und die vielleicht die Urheber des Attentats sein könnten; doch liegt hierfür bisher keinerlei Beweis vor. Die Resultate der bisherigen Untersuchung sind noch nicht bekannt; die Personen, welche im Augenblick der Explosion verhaftet wurden, sind wieder freigelassen worden.

Saint-Etienne. 26. April. In einem Wasserabfluß wurden heute hier selbst mehrere Patronen gefunden. In der Stadt herrscht darüber lebhafte Unruhe.

Brüssel. 26. April. Im Hinblick auf etwaige Arbeiterkundgebungen am 1. Mai sind die Milizklassen der Jahrgänge 1887 und 1888 für die Infanterieregimenter und des Jahrgangs 1888 für die Grenadier- und Karabinier-Regimenter heute einberufen worden.

Brüssel. 26. April. Deputirtenkammer. Im Fortgange der Sitzung erklärte der Ministerpräsident Beernaert, er sei geneigt, bei den Wahlen für den Senat die Ausübung des Wahlrechts solchen Wählern zuzugestehen, welche das 40. Lebensjahr zurückgelegt hätten. Die für die Wahl zum Senator erforderliche Steuergrenze werde herabgesetzt werden. Was das königliche Referendum betrifft, so habe man weniger etwaige Uebergriffe der königlichen Gewalt als solche von Seiten des Parlaments zu befürchten.

Brüssel. 26. April. Die Kammer begann heute die Berathung der Verfassungsrevision. Der Ministerpräsident Beernaert entwickelte in langer Rede die Vorgeichte der Frage. Er erläuterte alle vorgeschlagenen Systeme der Revision abzulehnen und sprach sich für das englische System aus, welches das Wahlrecht von der Einnehmung eines Wohngebäudes oder eines Theiles eines Wohngebäudes abhängig mache. Der Minister bekämpfte lebhaft die Ideen der Revolutionäre, für welche das allgemeine Stimmrecht ein Mittel zur Realisierung eines frankhaften Programms sei.

London. 26. April. Unterhaus. Der Generalpostmeister J. Fergusson acceptierte Namens der Regierung den Antrag des

Mitgliedes des Unterhauses Birkbeck, betreffend die Herstellung telephonischer und telegraphischer Verbindungen zwischen den Wacht- und Signalstationen an der Küste behufs besserer Verhütung des Verlustes an Menschenleben und Eigenthum bei den in Noth befindlichen oder von Unfällen betroffenen Schiffen. Die Regierung habe bereits vieles in dieser Hinsicht gethan und beabsichtige auch die Leuchtfähne und Leuchttürme mit dem Festlande telegraphisch und telephonisch zu verbinden. Der Antrag Birkbeck wurde hierauf einstimmig angenommen.

London. 26. April. Nachrichten aus Panama zufolge droht dem Kanal seine völlige Verstörung. Die Gesellschaft, heißt es, habe die Kette am Eingang in denselben wieder angeschafft, doch sei sie auf Befehl der Regierung abermals entfernt worden. Wie verlautet, habe die Kanalgesellschaft einen Theil der beim Bau verwendeten Maschinen verkauft und die Bedingungen der Konzession verletzt. Die Regierung werde wahrscheinlich den Vertrag auflösen.

London. 26. April. Einer Meldung des "Standard" aus Kalkutta zufolge ist zwischen England und China ein Abkommen bezüglich des Gebietes von Hunza zu Stande gekommen, welches seit 100 Jahren an China tributpflichtig gewesen ist.

London. 26. April. Der "Standard" meldet aus Zanzibar von gestern: Aus Uganda eingelaufene ausführlichere Nachrichten besagen, daß die Protestanten, welche eine große Menge Snidergewehre empfangen hatten, die Katholiken angreifen, von diesen jedoch zurückgeworfen und gezwungen wurden, sich in ihre Verschanzung zurückzuziehen. Kapitän Lugard sollte darauf den Protestanten mit Maximgeschütze zu Hilfe und zersprengte die Katholiken nach erbittertem Kampfe, welcher viele Verluste forderte. Abe Winton wurde getötet. Bischof Heath entging der Gefangenschaft und behauptet, daß viele Katholiken als Slaven verkauft worden seien. Die Katholiken und Muhammedaner lagen vor der Verschanzung. Der Widerstand Lugard's und seine Dauer hängen von seinem Vorrathe an Munition ab.

Newcastle. 26. April. Der Ausstand der bei den Schiffswerften am Tyne-Flusse beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist beendet. Die Arbeiter haben die Bedingungen der Arbeitgeber angenommen. Der durch den 13-wöchigen Ausstand verursachte Schaden wird auf eine halbe Million Pfund geschätzt.

Konstantinopel. 26. April. Die "Agence de Constantinople" meldet, die von Italien anlässlich der Übergabe des Fermans für den Schedive an die Pforte gerichtete Note, in welcher erklärt wird, Italien betrachte den Status quo in Massauah als durch die Fassung der Fermans weder berührt noch geändert, soll demnächst von der Pforte mittels einer Note beantwortet werden. In derselben würde die Pforte, wie verlautet, auf Grund von diplomatischen Korrespondenzen die Oberhoheitsrechte auf Massauah und die von Italien besetzten Gebiete reklamiren. Noch unentschieden sei, ob die Antwort der Pforte der hiesigen italienischen Botschaft oder durch die türkische Botschaft in Rom der italienischen Regierung überreicht werden würde.

Konstantinopel. 26. April. (Meldung der "Agence de Constantinople".) Die türkische Regierung brachte in Erfahrung, daß gewisse armenische Komites die Herstellung von Dynamitbomben beabsichtigen, um einige öffentliche Gebäude in die Luft zu sprengen. Da die Anschläge von Russland ausgehen sollten, habe sich die Pforte an die bulgarische Regierung gewandt, deren zuvorkommende eingehende Nachfragen die Entdeckung des Materials und die Verhaftung der Beschuldigten herbeigeführt hätten. Der Pforte seien auch Photographien der Verhafteten überhanden worden. Die Pforte habe sich über den Eifer der bulgarischen Regierung sehr befriedigt ausgesprochen.

Cattaro. 26. April. In der vergangenen Nacht wurden in Cattaro und in der Umgebung desselben zwei Erdbeben und zwar das erste um 2 Uhr 45 Min. und das zweite um 3 Uhr 22 Min. verspürt. Die erste Erderschütterung wurde, obwohl ziemlich stark, gleichwohl weniger empfunden als die zweite.

Wien. 27. April. Der "Pol. Corr." zufolge ist Prinz Ferdinand nach Italien abgereist. Stambuloff ist mit seiner Vertretung beauftragt.

Petersburg. 27. April. Aus verschiedenen Gegenden der Gouvernements Bessarabien, Cherson, Tambow, Saratow wird eine Auffrischung der Saaten durch niedergegangenen Regen gemeldet.

Rom. 27. April. Der "Opinione" zufolge wurde in den gestrigen und heutigen Ministerkonferenzen über die den Kammern vorzulegenden Vorschläge eine vollständige Einigung erzielt. Die Konvention betreffend die Bündholzerregie soll bereits unterzeichnet sein, über die außerordentlichen Ausgaben zu Militärzwecken bestände keinerlei Meinungsverschiedenheit.

Rom. 27. April. Gestern Nachts sind hier und in den übrigen hervorragenderen Städten Italiens Anarchistensührer verhaftet.

Livorno. 27. April. Gestern Nachmittags platzte eine mit Pulver gefüllte Papierbombe im Vestibule des schweizerischen Konsulats, doch ist kein Schaden dabei entstanden.

Paris. 26. April, 9 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends. Prozeß Ravachol. Der Generalprokurator verlangte in seinem Plaidoyer das Schuldig gegen alle Angeklagten, welche gewöhnliche Mörder nach dem gemeinen Recht seien und beantragte gegen Ravachol und Simon die Todesstrafe, für die übrigen Zulassung milderer Umstände. Die Sitzung wurde vertagt.

Paris. 27. April. Die angeklagten Anarchisten Ravachol und Simon wurden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt, die drei anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Handel und Verkehr.

Leipzig. 26. April. [Gedebörse.] Preise für Produzenten ungenügend, Zufuhr normal, Börsenbesuch mäßig.

London. 26. April. Dem "Standard" zufolge wurde die neue indische Anleihe mit 2 $\frac{1}{4}$ Prämie an der Börse gehandelt. Der Markt zeigt sich befriedigt darüber, daß die neue Anleihe als Silberanleihe so klein und unerheblich ist.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; Stunde. 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
26. Nachm. 2	748,0	SW	sturmisch zieml. helter	+ 9,
26. Abends 9	749,4	SW	mäßig helter	+ 5,3
27. Morgs. 7	750,3	SW	mäßig zieml. helter	+ 4,4

1) Nachmittags 4 Uhr Regen.

Am 26. April Wärme-Maximum - 10,2° Cels.

Am 26. = Wärme-Minimum + 4,3° =

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Kurse.

Breslau. 26. April. Schluss ermattend.

Neue Proz. Reichsschulde 85,60, 3 $\frac{1}{4}$, proz. L.-Pfandbr. 97,15, Konso. Türk. 19,75, Türk. Loos 76,50, 4proz. ung. Goldrente 93,50, Bresl. Distontobant 94,25, Breslauer Wechslerbank 95,00, Kreditaktien 171,25, Schle. Bankverein 109,80, Donnersmarckhütte 79,00, Flöther Mäschinenbau —, Rattowiger Aktien-Gesellschaft, für Bergbau u. Hüttenerbetrieb 118,00, Oberschles. Eisenbahn 55,00, Oberschles. Bortland-Zement 83,25, Schle. Cement 118,00, Oppeln. Zement 90,00, Schle. Dampf. C. —, Kramfia 120,50, Schle. Zinkfatten 193,00, Laurahütte 108,10, Verein. Delfabri. 84,50, Dörfereich. Banknoten 170,90, Russ. Banknoten 207,90, Giebel Cement —.

Hamburg. 26. April. Sehr fest.

Gold in Barren pr. Kilo 2786 Br. 2782 Gd.

Silber in Barren pr. Kilo 117,50 Br. 117,00 Gd.

Frauenfeld a. M. 26. April. (Schlusskurse.) Festler. Bond. Wechsel 20,422, 4proz. Reichsschulde 106,75, österr. Silberrente 80,90, 4 $\frac{1}{2}$ proz. Papierrente 81,20, do. 4proz. Goldrente 94,80, 1860er Loos 125,10, 4proz. ungar. Goldrente 93,30, Italiener 88,40, 1880er Russen 93,50, 3. Oriental. 66,20, unif. Egypt. 97,70, ton. Türk. 19,70, 4proz. türk. Anl. 84,50, 3proz. port. Anl. 27,10, 5proz. serb. Rente 80,40, 5proz. amort. Rumäniere 97,70, 6proz. ton. Mexit. —, Böh. Westb. 304 $\frac{1}{2}$, Böh. Nordbahn 154,40, Franzozen 245 $\frac{1}{2}$, Galtzler 181 $\frac{1}{2}$, Gotthardbahn 135,20, Lombarden 76 $\frac{1}{2}$, Lübeck-Büchen 143,50, Nordwestbahn 179 $\frac{1}{2}$, Kreditaktien 273 $\frac{1}{2}$, Darmstädter 136,60, Mittelb. Kredit 96,90, Reichsb. 148,00 Dist. Kommandit 191,60, Dresden. Bank 139,70, Berlin. Wechsel 81,175, Wiener Wechsel 170,35, serbische Tabakrente 80,40, Bohum. Gußstahl 119,00, Dortmund. Union 57,20, Harpener Bergwerk 142,10, Hibernia 115,50, 4proz. Spanier 59,00, Mainzer 109,50, Privatdiskont 1 $\frac{1}{4}$ Proz.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 274 $\frac{1}{2}$, Dist.-Kommandit 192,20, Bochumer Gußstahl —, Harpener 143,40, Lombarden —, Staatsbahn —, Nordb. Lloyd 97, —, Türk. —.

London. 26. April. (Schlusskurse.) Ruhig.

Engl. 2 $\frac{1}{2}$ proz. Consols 96 $\frac{1}{2}$, Preuß. 4 proz. Consols 1 $\frac{1}{4}$, Italien. 5 proz. Rente 88 $\frac{1}{2}$, Lombarden 8 $\frac{1}{2}$, 4 proz. 1889 Rufen II. Serie 93 $\frac{1}{2}$, ton. Türk. 19 $\frac{1}{2}$, österr. Silberr. 79, österr. Goldrente 92, 4proz. ungar. Goldrente 92 $\frac{1}{2}$, 4proz. Spanier 58 $\frac{1}{2}$, 3 $\frac{1}{2}$ proz. Egypt. 89 $\frac{1}{2}$, 4proz. unif. Egypt. 97 $\frac{1}{2}$, 4 proz. gar. Egypt. —, 4 $\frac{1}{2}$ proz. Tribut-Anl. 93 $\frac{1}{2}$, 5proz. Mexikaner 12 $\frac{1}{2}$, Suezattent. —, Canada Pacific 90 $\frac{1}{2}$, Rio Tinto 15 $\frac{1}{2}$, 4proz. Rupees 67 $\frac{1}{2}$, 5proz. Argent. Gold-Anleihe von 1886 66 $\frac{1}{2}$, Argentin. 4 $\frac{1}{2}$, 10. öst. öst. Goldanleihe 36 $\frac{1}{2}$, Neue Proz. Reichsanleihe —, Silber —.

Wechselnotirungen: Deutsche Bläze 20,56, Wien 12,12 $\frac{1}{2}$, Paris 25,33 $\frac{1}{2}$, Petersburg 24 $\frac{1}{2}$.

Aus der Börse floßen 50 000 Pf. Sterling.

Produkten-Kurse.

ver April 43,00 p. Mai 43,25, p. Mai-August 43,50, p. Sept. Des. 40,25. — Wetter: Bedeckt.

Havre, 26. April. (Teleg. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. Mai 86,25, p. Sept. 81,25, p. Dezember 80,00. Ruhig.

Havre, 26. April. (Teleg. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Battice.

Rio 10 000 Sac, Santos 15 000 Sac, Recettes für 2 Tage.

Amsterdam, 26. April. Getreidemarkt. Weizen p. Mai 206, p. Nov. 212. Roggen p. Mai 183, p. Oktober 163.

Amsterdam, 26. April. Java-Kaffee good ordinary 52.

Amsterdam, 26. April. Pancasina 56%.

Antwerpen, 26. April. Getreidemarkt. Weizen behauptet.

Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Antwerpen, 26. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht) Raf-

finites Type weiss loto 14 Br. p. April — Br. p. Mai

14 Br. p. Sept.-Des. 14 Br. Ruhig.

Antwerpen, 26. April. (Teleg. der Herren Willens & Comp.) Wolle. La Plata-Zug, Type B, p. Mai 4,72%, entfernte Termine 4,90. Verkäufer.

London, 26. April. 96 p.C. Javazader loto 15%, träge, Niben-Rohzucker loto 12%, träge.

London, 26. April. An der Küste 6 Weizenladungen angeboten.

— Wetter: Kalt.

London, 26. April. Chilli-Kupfer 45%, ver 3 Monat 45%.

Glasgow, 26. April. Roheisen. (Schluß) Mixed numbers warrants 41 sh. 1 d. Käufer, 41 sh. 4 d. Verkäufer.

Liverpool, 26. April. Baumwolle. (Anfangsbericht) Muth-

mäßiger Umsatz 5000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 28 000 Ballen.

Liverpool, 26. April. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle

Umsatz 5000 B., davon für Suezfahrt u. Export 1000 Ballen.

Amerikaner 1/16 niedriger.

Mittel. amerikan. Lieferungen: April-Mai 3²/₃ Käuferpreis,

Mai-Juni 3²/₃ Verkäuferpreis, Juli-August 3²/₃ Käuferpreis,

August-Sept. 3²/₃ Verkäuferpreis, Sept.-Okt. 4¹/₂ d. do.

Liverpool, 26. April. Getreidemarkt. Weizen, Mehl und

Mais stetig. — Wetter: Schön.

Petersburg, 26. April. Produktentmarkt. Talg loko 58,00,

per August 54,00, Weizen loto 14,00, Roggen loto 11,50, Hafer

loto 5,25, Hanf loto 46,00, Leinsaat loto 15,0. — Trübe.

Newyork, 25. April. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 76 000, do. nach Frankreich 81 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 68 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 35 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Newyork, 25. April. Visible Supply an Weizen 39 152 000

Bushels, do. an Mais 7 342 000 Bushels.

Newyork, 26. April. (Anfangsbericht) Petroleum Pipeline cer-

tificates per Mai 57%. Weizen per Juli 90%.

Newyork, 25. April. Waarenbericht. Baumwolle in New-

York 7%, do. in New-Orleans 7. Raff. Petroleum Standard

white in New-York 6,10 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,05 Gd. Robes Petroleum in Newyork 6,40, do. Pipele ne

Certificates per Mai 58%. Ziemlich fest. Schmalz loto 6,45, do.

Robe u. Brothers 6,90. Buder (Fair refining Muscovad.) 2%. Mais

(New) p. Mai 47, p. Juni 45%, p. Juli 45%. Rother Winter

weizen loto 99%. — Kaffee Rio Nr. 7, 18. — Mehl (Spring

clears) 3 D. 50 C. Getreidefracht 2. Kupfer 11,75-12. Rother

Weizen p. April 96%, p. Mai 91%, p. Juni 90%, p. Juli 90%.

Kaffee Nr. 7 low ord. p. Mai 12,27, p. Juli 11,92.

Weizen eröffnete stetig, stieg alsdann auf Abnahme der sicht-

baren Vorräte, worauf in Folge Verläufen von Platzspekulanten

eine theilweise Abschwächung eintrat. Schluz fest.

Mais allgemein träge auf ungenügende Nachfrage für den

Export.

Chicago, 25. April. Weizen p. Mai 81¹/₂, p. Juni 81¹/₂.

Mais per Mai 41%. Spec short clear 6,00. Port p. Mai 9,42.

Weizen steigend auf umfangreiche Käufe und erwartete Ab-

nahme der Visible supply, später abgeschwächt infolge geringer Kauflust.

Mais steigend einige Zeit nach Eröffnung, später Reaktion auf günstiges Wetter. Schluz träge.

Berlin, 27. April. Wetter: Veränderlich.

Newyork, 26. April. Weizen per April 95% C., per Mai

91% C.

Konds- und Aktien-Börse.

Berlin, 26. April. Die heutige Börse eröffnete in schwächerer Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet. In dieser Beziehung waren die ungünstigen Tendenzmeldungen, die von den fremden Börsenplätzen vorlagen, und andere in demselben Sinne wirkende Nachrichten von bestimmendem Einfluß.

Im weiteren Verlaufe des Verkehrs besserte sich die Haltung in Folge von Dedungskäufen, und nach einer abermaligen Abschwächung erschien der Schluz wieder bestigt. Das Geschäft entwidelte sich anfangs ruhig, gestaltete sich aber weiterhin auf einzelnen Gebieten lebhafter.

Der Kapitalmarkt bewahrte ziemlich feste Haltung für heimische soße Anlagen bei mäßigen Umläufen. Deutsche Reichs- und Preußische konsolidirte Anleihen wenig verändert. Fremde, festen Bins tragende Papiere verkehrten bei ziemlich fester Gesamthaltung ruhig; russische Anleihen fest, russische Noten und Italiener ziemlich behauptet.

Der Privatdiskont wurde mit 1% Prozent notiert.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien nach schwächerer Eröffnung zu etwas besserer Notiz ziemlich lebhaft um; Franzosen schwächer, Lombarden nach schwachem Beginn bestigt, andere österreichische Bahnen wenig verändert und ruhig, Schweizerische Bahnen anfangs abgeschwächt, Warichau-Wien ziemlich fest.

Inländische Eisenbahntickets ziemlich fest und ruhig; Ostpreußische Südbahn und Martenburg-Mlawka etwas anziehend und lebhafter.

Bankaktien in den spekulativen Devisen anfangs mehr angeboten und schwächer, namentlich Diskonto-Kommandit-, Berliner Handels-

gesellschafts-Anteile und Aktien der Deutschen Bank, später durch-

schnittlich etwas am Kurse gebessert.

Industriepapiere blieben ruhig und zumeist behauptet; Mon-

tanwerthe anfangs schwächer, später bestigt und lebhafter.

Produkten-Börse.

Berlin, 26. April. Die Preise für Weizen stellten sich gestern in Newyork höher, nachdem eine Abnahme der sichtbaren Handelsvorräte um 2% Millionen Bushels bekannt geworden war. Auch die westeuropäischen Märkte waren in fester Haltung. Hier eröffnete heute die Getreidebörsen in Folge dessen in sehr fester Haltung; das Angebot hatte sich zurückgezogen und es wurden stärkere Deckungen vorgenommen. Weiterhin wurde der Markt indeß matt. Weizen setzte erheblich höher ein, schwächte sich später aber bei stiller Geschäft etwas unter geistigem Schlussvertrag ab. Auch Roggen brachte anfänglich höhere Preise. In der ersten Stunde schwankte der Preis bei lebhaften Umsätzen mehrfach; in der zweiten Stunde war das Angebot, angeblich auf Zwangsrealisationen für Hamburg und den Anlauf von zwei dort angekommenen Dampferladungen, so stark, daß der Preis für Frühjahr um 4% M. gegen den geistigen Schlussvertrag zurückging. Hintere Termine büßten ca. 1%, M. ein. Hafer fast umfanglos, aber in ziemlich fester Haltung. Roggenmehl nach festem Anfang später in schwächerer Haltung. Roggenmehl nach festem Anfang später in schwächerer Haltung. Spiritus loto 10 Pf. billiger, Termine waren still, anfänglich fest, später gegen gestern wenig verändert.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Nach Schluz des offiziellen Verkehrs bestellte sich die Getreidebörsen erheblich. Weizen stieg auf den gestrigen Schlussvertrag und selbst etwas darüber. Roggen notierte per Frühjahr nur 1% Mark billiger als gestern, die übrigen Sichten überstiegen den gestrigen Schlussvertrag um 1% Mark.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) p. 1000 Kg. Ldt. in guter Frage. Termine nahe Sichten niedriger. Gefündigt 700 Tonnen. Kündigungsspreis 190 M. Loko 186—215 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 188 M. per diesen Monat —, per April-Mai 190,5—191—188,5 bez., per Mai-Juni 189,5—190—188 bez., per Juni-Juli 188,75—189,25 bez., per Juli-August 167,75 bis 168,75—166,25—168,25 bez., per Septbr.-Oktober 163—163,25 bis 162—162,5 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loko kleines Geschäft. Termine niedriger. Gef. 500 Tonnen Kündigungsspreis 190 M. Loko 186 bis

194 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 191 M. inländ. 189 ab Lohn bez., eine hier siehende Ladung stark defekter inländischer 181 bez., per diesen Monat —, per April-Mai 192,25—193—187,5 bis 189 bez., per Mai-Juni 186,75—187,5—183—184,75 bez., per Juni-Juli 179,